

21.04.2008

Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Stadt Witten 2008

Die Verwaltung hat den Haushalt 2008 unter das Motto gestellt: „Erhaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit - Gesundung des städtischen Haushaltes“.

In meiner Beurteilung erfüllt dieser Haushalt das nicht.

Im Gegenteil - die reale Handlungsfähigkeit geht gegen Null.

Die Verschuldung der Stadt steigt seit 16 Jahren jedes Jahr beständig an.

Die Streichungen von verschiedenen freiwilligen Leistungen und der Abbau von einigen Hundert Arbeitsplätzen in der Verwaltung konnten daran nichts ändern.

Der Abbau der freiwilligen Leistungen,

von der Einschränkung der Nutzungsmöglichkeit von Sportstätten, über die Schließung des Hallenbades, der Reduzierung, bzw. Streichung von Zuschüssen für soziale Einrichtungen diente damit definitiv nicht dem Schuldenabbau.

Die freiwerdenden Gelder wurden in die Landes- und Bundeskassen umverteilt, um damit u.a. die in den letzten Jahren massiv betriebene Absenkung der Unternehmenssteuern zu finanzieren.

In Witten sind mehrere Großbetriebe ansässig, die zum Teil erhebliche Gewinne erwirtschaften, aber weit davon entfernt sind, einen entsprechenden Anteil an Steuern zu zahlen.

Diese Situation, kommentierte die FAZ, die wahrlich kein linkes Blatt ist,: *„Steuern zu zahlen erlangt im globalen Wettbewerb ein Element der Freiwilligkeit.“* (02.06.2001)

Der Kämmerer könnte ja mal ausrechnen, über welche Einnahmen er allein auf Grund der Sätze für die Unternehmensbesteuerung von vor 20 Jahren verfügen würde. Es wäre, vor allem angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Belegung, eine gewaltige Summe.

Im aktuellen Entwurf zum Haushalt spiegelt sich diese organisierte Umverteilung wieder.

Allein die verschiedenen Transferleistungen im Haushalt 2008 machen mit 78,1 Millionen Euro den größten Posten bei den Aufwendungen aus.

Weitere Belastungen kommen durch die Regelungen zur Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit auf die Stadt zu, die um so mehr steigen, wie die beabsichtigte Kommerzialisierung der Kinderbetreuung verwirklicht wird.

Erwähnt sei auch die Tatsache, dass die kommunalen Haushalte über die Sparkassen zur Finanzierung von Spekulationsverlusten bei der West - LB herangezogen werden.

Dabei muss man wissen, dass mit Blick auf das Wahljahr 2009, die Landesregierung nicht alle Zahlen auf den Tisch legt.

Der Internationale Währungsfond geht jedenfalls davon aus, dass nicht nur ca. 280 Milliarden Euro weltweit abzufedern sind, sondern mindestens 600 Milliarden Euro. Wie viel davon in Deutschland wollte der IWF bewusst nicht sagen.

Angesichts dieser Tatsachen ist es reiner Populismus, wenn von den Fraktionen und der Verwaltung erneut der Eindruck erweckt wird, die Beschäftigten in der Stadtverwaltung Witten wären Schuld an der Überschuldung der Stadt, so dass der weitere Abbau von Beschäftigung als Heilsweg aus der Verschuldung erscheint.

Den Menschen in der Stadt springt natürlich ins Auge, dass es scheinbar eine Selbstverständlichkeit ist, sinnlose Subventionen zu verteilen und Spekulationsverluste von Banken mit Steuermitteln abzusichern, dass aber zugleich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an den Pranger gestellt werden, weil sie längst überfällige Lohnerhöhungen erstritten.

Nicht die Beschäftigten der Stadt Witten haben Geld verspekuliert, sondern sie haben durch ihre Arbeit den kommunalen Betrieb aufrechterhalten.

Ich betonte das hier ausdrücklich um die wirklichen Maßstäbe zurecht zu rücken, die in dieser Frage gelten sollten.

Für mich erscheint die Kurzsichtigkeit der sogenannten Konsolidierungsmaßnahmen auch an folgendem:

Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu bekommen, den es allerdings seit 2002 nicht mehr gab, wurden zurückliegend die Zuschüsse für das Kinderheim Egge und für die ambulante Kinder- und Jugendhilfe mächtig gestrichen.

Der Effekt in der Praxis war dann aber, dass die Aufwendungen für die wesentlich teurere stationäre Betreuung und Hilfemaßnahmen überproportional stiegen.

Denn auf die stationäre Pflege verlagerte sich nun die Betreuung.

Unterm Strich musste mehr Geld aufgewendet werden, als bei der Beibehaltung und dem Ausbau der ambulanten Pflege.

Die praktizierte Konsolidierung des Haushaltes in den letzten Jahren kommt dem untauglichen Versuch gleich, einen Brand zu löschen, ohne den Brandherd zu bekämpfen.

Diese Art der Konsolidierung wird so rigoros betrieben, dass dafür selbst ortsnahe Grundschulen, wie die in Durchholz geopfert werden.

Nun ist dieser Haushalt auch der erste nach NKF. Die Vereinfachung in der Buchführung ist dabei aber nur ein Nebenprodukt.

Wie alles in der Politik hat natürlich auch diese verwaltungstechnische Veränderung ein politisches Motiv.

Politisch von Bedeutung ist, dass mit dieser Haushaltsmethodik die Stadt Witten wie ein Konzern geführt werden soll.

Die Stadt als Konzern?

Die kommunale Selbstverwaltung hatte zumindest noch den Anspruch auf die kostendeckende Sicherung grundlegender Bedürfnisse der in ihr lebenden Menschen.

Das bezog sich auf die Versorgung mit günstiger Energie und mit Wasser, mit Sportstätten und einem interessanten und vielschichtigen Kulturangebot, auf die verschiedenen Methoden zum Ausgleich sozialer Unterschiede, u.a. in der Kindererziehung, usw..

Die Stadt als Konzern, als Dienstleistungsbetrieb muss von Gesetzes wegen nun ausschließlich gewinnorientiert arbeiten.

Das geht aber nur, wenn der Anspruch der kommunalen Selbstverwaltung in den nächsten mehr und mehr Jahren aufgegeben werden wird.

Mit der Einführung der Gewinn- und Verlustrechnung, mit der Umbenennung kommunaler Aufgaben in Produkte und somit in Angebotswaren, wird die Leitlinie der Landes- und Bundesregierung - Privat vor Staat - haushaltstechnisch zum direkten Steuerungsinstrument für die Kommerzialisierung kommunaler Aufgaben und kommunaler Wirtschaftstätigkeit.

Mit Prüfaufträgen zur Neuaufstellung der Siedlungsgenossenschaft und der Stadtwerke soll das auch in Witten umgesetzt werden.

Die Kooperation der Stadtwerke Witten und Herne ist denn auch nur eine mögliche Variante dieser Politik, wobei ich den Nutzen selbst einer solchen Kooperation auf Grund mir verweigerter Dokumente gar nicht bewerten kann.

Schon jetzt ist es so, dass mir als Ratsmitglied von der Verwaltung der Einblick in die tatsächliche Entwicklung kommunaler Einrichtungen wie die Stadtwerke verwehrt wird.

Seit über 7 Wochen ist auch meine Anfrage über einen Sachstandsbericht zu den PPP Projekten in Witten ohne jede Antwort.

Aber unabhängig davon gibt es in der Verwaltung und den Fraktionen erhebliche Bestrebungen, die Stadtwerke Witten an die AVU zu binden und damit die Stadtwerke Witten direkt dem Einfluss des REW-Konzerns zu unterstellen.

Das wäre in jedem Fall ein Weg, den ich entschieden ablehne.

Nebenbei möchte ich erwähnen, dass diese Art der Privatisierung nicht nur die Stadt betrifft, so steht u.a. die Bäderabteilung des Marienhospitals unmittelbar vor einer Privatisierung.

Personalabbau und Preissteigerungen wurden intern schon angekündigt.

Aber zurück zum Haushaltsentwurf, der auch die These enthält, bis 2014 einem ausgeglichenen Haushalt haben zu können.

Das ist keine reale Prognose.

Als erstes fällt auf, dass im Haushaltsentwurf davon ausgegangen wird, dass es in den nächsten Jahren keine wesentlichen neuen Belastungen für Witten geben wird.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben aber gezeigt, dass die Einbindung der kommunalen Haushalte zur Finanzierung der Landes- und Bundespolitik zum Standard geworden ist.

Als zweites fällt die Schuldenfalle auf, in der sich die Stadt befindet und die sich vertieft:

Unterm Strich fällt jedenfalls auf, dass 2008 die Investitions- und Liquiditätskredite die Rücklagen um 177 Millionen übersteigen, in 2009 um 203 Millionen, in 2010 um 270 Millionen und in 2011 um 293 Millionen Euro.

Damit werden die Kredite von 2008 bis 2011 um 24% auf fast 300 Mio. € anwachsen und im gleichen Zeitraum die Rücklagen um 92% auf nur noch 5,436 Mio. € fast vollständig aufgezehrt sein.

Bei den Investitionskrediten sollen 2008 insgesamt 2,810 Mio. € getilgt werden.

Gleichzeitig werden fast das doppelte an Zinsen bezahlt, nämlich 4,829 Mio. €.

Die Liquiditätskredite werden überhaupt nicht getilgt, es werden stetig neue aufgenommen.

Nimmt man beides zusammen ergibt sich, dass mit 13,829 Mio. € fast das Fünffache der Tilgung nur für die Zinsen bezahlt werden!

Wenn das Verhältnis so bleibt heißt das, dass die Stadt den gewährten Kredit über die Jahre insgesamt sechsmal bezahlen müsste.

Mit einer solchen Endlos-Zinszahlung wird die Stadt zum Dukatenesel für die Bankinstitute, die dafür nicht mal eine Gegenleistung bringen, sondern diese Gewinne dann – wie von der West LB - auch noch verzocken um dafür die Kommunen dann nochmals zur Kasse zu bitten.

Im Ergebnis ist es jedenfalls so, dass die Stadt Witten mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf keine Chance hat, aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Trotz dieser Verschuldungssituation werden allerdings gewaltige Mittel für die Beteiligung an einem völlig überflüssigen Kohlekraftwerk freigegeben.

Das wäre nicht nur eine Beteiligung an der weiteren Verschmutzung der Umwelt mit kommunalen Geldern, es ist auch eine Art der Subventionierung des REW Konzerns, in dem dessen ohne hin geplanten Investitionen verbilligt werden.

Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, Wolfgang König, wies in der Sendung frontal 21 am 4. März dieses Jahres darauf hin, dass es in Deutschland zur Zeit eine Überkapazität von 19 Milliarden Kilowattstunden gibt, dass es großen Stromanbietern mit den neuen Kraftwerken nur um Marktsicherung geht und um Ressourcen für den Handel mit Verschmutzungsrechten zu erhalten.

Ich halte es für nicht akzeptabel, dass solche elementaren Fragen in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden, nur weil wirtschaftliche Fragen davon berührt sind. In erster Linie sind ja wohl die Umweltfrage und damit elementare Lebensfragen berührt.

Ich möchte daher wiederholen, was ich hier im Rat schon im Dezember erklärt habe: Nämlich dass es unverantwortlich ist, sich als Stadt an einem Kohlekraftwerk zu beteiligen, weil es ökologisch unverantwortlich ist, weil es zu ökonomisch unkalkulierbaren Kosten führt und weil es politisch dazu führt, die Abhängigkeit vom REW-Konzern zu zementieren.

Natürlich hat der Haushalt auch einzelne Festlegungen, die richtig sind, die ich ohne weiteres mittragen könnte.

Diese Palette reicht von der angehobenen Gewerbesteuer über verschiedenen Sanierungsmaßnahmen bis zu den Schulbuchzuschüssen.

Nur ist ein solcher Haushalt nun mal nicht die einfache rechnerische Summe verschiedener konkreter Maßnahmen, wo man wie bei einer Balkenwaage entscheidet, was überwiegt.

Er ist ein politisches Ausrichtungsdokument, dass in diesem Fall an der fortgesetzten Umverteilung kommunaler Gelder festhält, so dass von kommunaler Selbstverwaltung kaum noch die Rede sein kann.

Das würde im übrigen für die Menschen in der Stadt um so deutlicher werden, wenn sich die Bezirksregierung dazu entschleifen sollte, einen Sparkommissar einzusetzen.

Eine solche Offenbarung des tatsächlichen Zwecks der Konsolidierung des Haushaltes soll allerdings so lange wie möglich vermieden werden.

Es gibt daher auch keine Stadt in NRW, wo ein solcher Kommissar mehr als eine beratende Funktion hat.

Ich möchte aber an dieser Stelle aber auch deutlich sagen, unter welchen Voraussetzungen ich mir vorstellen könnte, einen Haushalt der Stadt Witten zu akzeptieren.

Das wäre dann der Fall, wenn eine politische Richtungsänderung zu erkennen wäre. Dazu nur drei Punkte:

Erstens, in dem ein Zinsmoratorium angestrebt würde. Dazu habe ich einen Antrag gestellt, der Ihnen vorliegt. Das Zinsmoratorium ist im Übrigen ein Instrument, das in Zukunft mehr und mehr zur Anwendung kommen wird.

Der Nachrichtensender n-tv berichtete, dass die US-Regierung schon im November 2007 für die unter Druck geratenen Hausbesitzer in Folge der Hypothekenkreditkrise ein Zinsmoratorium einleitet, um so wenigstens die Tilgung für die Bankinstitute zu sichern.

Im Fall von Witten würde damit Geld für wirklich innovative Maßnahmen frei.

Zweitens müsste die beschlossene Konzentration von Freizeitangeboten in städtischen Jugendhäusern/Einrichtungen auf nur noch 3 Einrichtungen zurückgenommen werden.

Stattdessen soll für jeden Stadtteil Wittens ein ortnahe Angebot vorbehalten werden, in dem Jugendliche und Kinder betreute Freizeitaktivitäten vorfinden.

Dazu könnte sich der Rat auf die Forderungen der verschiedenen Stadtteil-AG's des Kinder- und Jugendparlaments stützen.

Drittens ginge es in der Richtungsänderung um den Aufbau einer eigenständigen und alternativen Energiepolitik. Das wäre u.a. auch durch den Aufbau einer IMK-Anlage (Integrierte Methanisierung und Kompostierung) möglich.

Allein aus den etwa 8.000 t Bio-Abfall könnten mit Hilfe des IMK-Verfahrens 1.440.000 kWh elektrische Energie und zusätzlich 2.400.000 kWh Wärmeenergie erzeugt werden können.

Diese ortsnahe Anlage würde neue Arbeitsplätze in Witten schaffen und erhebliche Transportkosten einsparen.

Ergänzt durch das Kryo-Recycling Verfahren, das im Unterschied zur Müllverbrennung aus großen Teilen des Müll hochwertige Wertstoffe zurückgewinnt, würde die Stadt ihre Eigenständigkeit in der Energiefrage in einem erheblichen Maß steigern können.

Dass Ihnen die Anträge dazu nicht vorliegen, hat seinen Grund darin, dass die Bürgermeisterin nicht bereit war, diese Anträge überhaupt anzunehmen.

Sie wurde keines weg verspätet eingereicht.

Die Verweigerung, diese Anträge anzunehmen, statt sie wie bisher im Sinne einer fairen Zusammenarbeit zu akzeptieren, hat politische Motive und deutet auf den bevorstehenden Wahlkampf hin.

Warum sonst sollten neue alternative und innovative Ideen zur Sicherung der Eigenständigkeit der Stadt von AUF nicht gewünscht sein?

Ich denke, ich habe ausreichend begründet, warum ich diesem Haushalt nicht zustimmen kann, bzw. was für Eigenschaften der Haushalt haben sollte um ihn akzeptieren zu können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.